Regierungsrat

Rathaus
4509 Solothurn
www.so.ch

Nationalrat
Kommission für Wirtschaft und
Abgaben
3003 Bern

17. September 2013

Vernehmlassung zu 10.467 Parlamentarische Initiative: Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Nationalratskommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hat uns mit Schreiben vom 6. Juni 2013 zur Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative (10.467). Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite eingeladen. Wir nehmen wie folgt Stellung:

Die statistischen Erfahrungswerte zeigen, dass das Risiko in die Schuldenspirale zu geraten, hauptsächlich im Alter zwischen 18 und 49 besteht. Jeder fünfte Haushalt in dieser Altersklasse hat einen laufenden Konsumkredit. Jeder zehnte Haushalt ist an oder über der kritischen Grenze mit seiner Verschuldung. Das Ausbildungsniveau und die Nationalität spielen dabei eine wichtige Rolle.

Zwischen der Werbung für Konsumkredite und der Überschuldung besteht ein klarer Zusammenhang. Gemäss Art. 36 des BG über den Konsumkredit (KKG) richtet sich die Werbung für Konsumkredite nach dem Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). So bestehen im UWG neben den allgemeinen Vorschriften auch Bestimmungen, die ausdrücklich für Konsumkredite gelten. Mittels der darin statuierten Informationspflichten, soll die Transparenz der Angebote im Bereich Konsumkredite erhöht und dadurch die Aufmerksamkeit der Nachfrager gefördert werden. Ein Verbot für besonders aggressive Werbemethoden besteht jedoch nicht. Die Werbung gehört zum Schutzbereich der allgemeinen Wirtschaftsfreiheit. Ein generelles Werbeverbot würde einen unverhältnismässig grossen Eingriff in diese darstellen. Das eigentliche Ziel, der Schutz vor Überschuldung, kann u.E. mit milderer Mitteln erreicht werden. Wir begrüssen deshalb die vorgeschlagene Werbeeinschränkung. Diese will lediglich die besonders aggressive Werbung verbieten, da diese speziell darauf abzielt, die Konsumentinnen und Konsumenten in ihrer Entscheidungsfreiheit zu beeinträchtigen.

Der Verband Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute (VSKF) und der Schweizerische Leasingverband (SLV) haben sich bereit erklärt, eine privatrechtliche Konvention betreffend einer Werbeeinschränkung abzuschliessen. Die Definition der aggressiven Werbung sowie die Durchsetzung der neuen Gesetzesbestimmung soll dabei der Branche zur Selbstregulierung überlassen werden. So wird die Akzeptanz der Werbeeinschränkung bei den Betroffenen verbessert. Beim Fehlen einer Selbstregulierungskonvention im Bereich aggressive Werbung, kann der Bundesrat subsidiär Sanktionen erlassen. Die Rechtsicherheit ist damit gewährt.

Wir befürworten ebenfalls die vorgeschlagenen strengeren Regelungen in Bezug auf die Kreditfähigkeitsprüfung sowie die Meldung der Konsumenten und Konsumentinnen, die mittels falscher Angaben die eigene Kreditwürdigkeit absichtlich vortäuschen. Diese Pflichten erhöhen den Schutz vor Überschuldung.

Wir begrüßen die vorgeschlagene Revision des Bundesgesetzes über den Konsumkredit (KKG), im Sinne der Parlamentarischen Initiative (10.467). Sie zeigt Wege auf, mit welcher einer möglichen Überschuldung der Konsumenten effektiv, effizient und zielgerichtet entgegengewirkt werden kann.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Esther Gassler
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber